

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 14

Artikel: Sambia vor dem Sturm?
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093000>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jacques Baumgartner

Sambia vor dem Sturm?

In Sambia ist das Regime Kaunda bedroht, und diesmal reicht diese Bedrohung über das übliche Ausmass hinaus.

Kabinettsumbildungen in Sambia sind nichts Aussergewöhnliches. Indem er immer wieder ihre Posten «mischt», versucht Präsident Kenneth David Kaunda sich einer loyalen Elite zu versichern. Drei Wochen vor den jüngsten Unruhen, die in einem missglückten Putsch am 30. Juni gipfelten, hatte Kaunda schon einmal seine Regierung umgebildet. Jetzt feuerte er seinen Verteidigungsminister und besetzte einige weitere Regierungsposten neu. Der Armee und der Polizei versprach er bessere Verpflegung und Unterkunft und der zunehmend unruhiger werdenden Bevölkerung, dass sie am 17. Oktober an der Urne über eine Rückkehr zu einem Mehrparteiensystem werde befinden können. Es ist zweifelhaft, ob Kaunda damit die Gemüter hat beruhigen können.

Ende einer Epoche

Auch in Sambia bahnt sich, wie schon in den vergangenen Wochen in den ehemals französischen Kolonien in Westafrika deutlich wurde, eine «zweite Revolution» an. In der «ersten Revolution» hatten die meisten afrikanischen Staaten vor 30 Jahren ihre Unabhängigkeit von den früheren Kolonialmächten erlangt, erkämpft. Diese Epoche neigt sich dem Ende zu. Die afrikanischen «Massen» sind erwachsen geworden. Sie wollen mitsprechen. Sie haben genug von Einparteiensherrschaft, Diktatur, Korruption und Selbstbereicherung.

Kaunda amtiert seit 1964 als Präsident. Das Einparteiensystem wurde 1972 eingeführt. Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1988 wurde er mit einem Stimmenanteil von offiziell 95,5 Prozent für eine weitere, seine sechste fünfjährige Amtszeit wiedergewählt. Er war der einzige zur Wahl stehende Kandidat der einzigen zugelassenen, sich sozialistisch bezeichnenden Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei. Unter dem Vorwurf, eine Verschwörung geplant zu haben, liess Kaunda kurz vor den Wahlen neun Personen, darunter den Oberkommandierenden der Armee, General Christon Tembo, und fünf weitere hohe Offiziere, verhaften. Es erweist sich heute, dass Kaunda offenbar falsch kalkuliert hat. Zu den wenigen übrig-

gebliebenen Vermächtnissen der einstigen britischen Kolonialherren gehört eine unabhängige Gerichtsbarkeit. Und die Richter befanden, dass es keine Verschwörung gab; ihr Urteil haben sie aber noch nicht gefällt.

In dem Prozess kam auch die Korruption in den höchsten Regierungskreisen zutage und dass Kaunda, derweil das Volk darben muss, über üppige Bankkonten im Ausland verfügt. Tembo und seine Männer wurden populär, sind so etwas wie «nationale Figuren» in Sambia. Werden die angeblichen Verschwörer vor der Volksabstimmung über die Einführung eines Mehrparteiensystems freigesprochen, so könnte sich dies für Kaunda und seine Unabhängigkeitspartei als Katastrophe erweisen. Tembo ist das beste Zugpferd der Opposition. So ist denkbar, dass die Regierung beziehungsweise Kaunda, sofern er sich bis Oktober an der Macht wird halten können, versuchen wird, den Freispruch der «konspirativen Gruppe» zumindest bis kurz vor den Urnengang «hinauszuschieben».

Preiserhöhungen lösten Unruhen aus

Die jüngsten Unruhen, bei denen von den Sicherheitskräften in Lusaka 30 Menschen erschossen und Hunderte verwundet wurden, brachen aus, nachdem die Regierung den Preis für das Hauptnahrungsmittel Mais von 114 Kwachas (etwa Fr. 2.30) für ein halbes Kilo auf 269 Kwachas – was einem Anstieg um 136 Prozent entspricht – erhöht hatte. Das mittlere Einkommen der städtischen Bevölkerung liegt bei 800 Kwachas, das heisst, diese lebt in einer Notlage. Die Preiserhöhung ist Teil eines Wirtschaftsreformpakets. Schon zu Beginn der achtziger Jahre hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) Kaunda geraten, die hohen Subventionen auf Nahrungsmitteln zu verringern. Er versuchte es 1986. Unruhen brachen aus, und die Regierung nahm die Preiserhöhungen zurück. Inzwischen hat sich Sambia noch mehr verschuldet. Es steht mit nahezu 12 Milliarden Franken im Ausland in der Kreide.

Kaunda konnte nirgendwo mehr Geld auf-treiben. Der IWF hatte seinerzeit nahegelegt, die sozialistisch orientierte Wirtschaft zu liberalisieren, was Kaunda ablehnte. Er beschränkte den Schuldendienst Sambias

eigenmächtig auf 10 Prozent der Exporteinnahmen. Die internationalen Finanzorganisationen verweigerten hierauf weitere Kredite.

In seiner Verzweiflung – und in Erinnerung an die IWF-Empfehlung vor nahezu zehn Jahren, Subventionen zu streichen – verordnete Kaunda jetzt die Preiserhöhung auf Mais. Doch ein weitaus gewichtigerer Schritt wäre heute, ein Mehrparteiensystem zuzulassen, um so mehr Vertrauen in die politische «Ordnung» zu schaffen. Letztlich geht es um neue Führungskräfte in der Regierung, die das Vertrauen der ausländischen Investoren wiedergewinnen können.

«Osteuropa von Sambia inspiriert»

Kaundas politisches Credo ist eine Mischung von Christentum und Sozialismus. Weltweit bekannt ist er wegen seines Kampfs gegen die Apartheid in Südafrika. Weniger bekannt dürfte hingegen sein, dass in Sambia seit einem Vierteljahrhundert der Ausnahmezustand herrscht, das heisst, es wird aufgrund von sogenannten Notstandsgesetzen regiert. Das bedeutet unter anderem, dass jederzeit jeder sambische Bürger verhaftet werden kann, und zwar ohne richterliche Anordnung.

Obwohl Zeitungen, Radio und Fernsehen vom Staat kontrolliert werden, blieben die Veränderungen in Osteuropa auch der sambischen Bevölkerung nicht verborgen (unter anderem auch dank der Nachrichtensendungen der British Broadcasting Corporation/BBC). Auf dem Kongress seiner Partei im vergangenen März sagte Kaunda, die Veränderungen in Osteuropa und der Sowjetunion seien von Leuten herbeigeführt worden, die das sambische Modell des Sozialismus bewunderten. Auch in Sambia scheinen die Zeichen auf Sturm zu stehen. ■

